

fahren. Ich bin in engerer Wahl in Straßburg gewählt. Hätte ich nicht in Straßburg kandidiert, dann war keine Aussicht, den Kreis zu erobern. Ist jemand in diesem Saale, der dem Prinzip zu Liebe auf den Besitz von Straßburg verzichten wollte? Ich glaube nicht. Gerade durch diesen Vorgang wird bewiesen, daß wir nicht unter allen Umständen Doppelkandidaturen vermeiden können. Der Antrag ist lediglich aus persönlichen Motiven von den Leipziguern gestellt; hätte ich bei ihnen angenommen, sie wären mit dem Antrag nicht gekommen.

Joest hält es doch für nicht unbedenklich, diesen Weg zu betreten. Steht es fest, daß Bebel in Straßburg wiedergewählt werde? Schon früher habe einmal aus ähnlicher Ursache Bebel dem Reichstage fern bleiben müssen, Liebknecht sei es ebenso gegangen.

Kleemann-Leipzig glaubt, daß bei der nächsten Wahl Leipzig auch mit Pankow erobert werden wird.

Dubber-Hamburg erklärt, daß bei der nächsten Wahl in Hamburg I Bebel von seinen bisherigen Wählern reklamiert werden würde. Das sei bereits im Wahlkreise beschloffen.

Doppler-Mühlhausen: Bebel werde in Straßburg sicher wiedergewählt werden; mit noch mehr Männern vom Kaliber von Bebel und Liebknecht hätte man die halben Reichslände erobert.

Der Antrag wird abgelehnt.

Ueber den Antrag 99 geht der Parteitag zur Tagesordnung über. Zur Resolution 101 bemerkt

Singer: Ich bitte, diese Resolution abzulehnen. Ich würde den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung stellen, wenn mir nicht daran läge, den Parteitag zu bitten, diesen Dingen ein für alle Mal ein Ende zu machen. Hören wir doch endlich einmal auf, derart mit den Unabhängigen zu liebäugeln! (Sehr richtig!) Wir sind stark genug, um auszuführen, was wir erklären, daß uns der Parlamentarismus nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck ist. Diejenigen, welche durch das Vertrauen der Wähler in den Reichstag geschickt werden, müssen dort ihre Pflicht und Schuldigkeit thun. Wenn wir dort ein Ablöseystem, womöglich nach alphabetischer Reihenfolge, einführen wollen, blamieren wir uns vor der ganzen Welt und machen uns einfach lächerlich.

Von anderer Seite wird der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestellt. Albert-Düsseldorf ist dagegen, Frau Eichhorn dafür. Der Parteitag geht über die Resolution zur Tagesordnung über.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Der Vorsitzende macht noch eine Reihe von Mittheilungen. Die Mittheilung von der Verurtheilung in dem Geheimbundsprozeß gegen Genossen aus Berlin VI wird mit zahlreichen Rufsen: Neuer Kurs! begleitet.

Eine Reihe weiterer Glückwunschsreiben und Telegramme ist eingetroffen, darunter eins aus Kopenhagen von der sozialdemokratischen Partei Dänemarks. (Weißall.)

Schluß der Vormittagsitzung um  $\frac{3}{4}$  1 Uhr.

### Nachmittagsitzung.

8 $\frac{1}{4}$  Uhr. Vorsitzender Fell.

Zur Verhandlung steht Punkt 5:

### Die Maifeier 1894.

Hierzu ist von Liebknecht folgende Resolution vorgelegt worden:

Gemäß den Beschlüssen der Internationalen Arbeiter-Kongresse von Paris (1889), Brüssel (1891) und Zürich (1893) begeht die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weltfest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der internationalen Verbrüderung, dem Weltfrieden. Zur würdigen Feier des 1. Mai erheben wir die allgemeine Arbeitsruhe. Da aber deren Durchführung bei der gegenwärtigen Wirthschaftslage in Deutschland zur Zeit nicht möglich ist, so empfiehlt der Parteitag, daß nur diejenigen Arbeiter und Arbeiter-Organisationen, die ohne Schädigung der Arbeiter-Interessen dazu im Stande sind, neben den anderen Kundgebungen den 1. Mai auch durch die Arbeitsruhe feiern.

Diese Resolution steht mit zur Debatte, desgleichen die genügend unterstützten Anträge 71—84, sowie folgende neu eingebrachte Anträge:

Antrag 126, von Schmitt-Firmasens:

Der Parteitag möge dahin beschließen, daß die Maifeier in Anbetracht der wirthschaftlichen Abhängigkeit der Arbeiterklassen in der Weise abgehalten wird, daß am 1. Mai überall am Abend Volksversammlungen stattfinden mit der entsprechenden Tagesordnung, die übrige Feierlichkeit den Genossen an den verschiedenen Orten selbst zu überlassen.

Antrag 127, von Thiele-Göppingen:

Der Parteitag wolle beschließen, daß die Demonstration für den Achtstundentag nur am 1. Mai stattzufinden habe. Ausgeschlossen hiervon sind Festlichkeiten, Ausflüge zc.

Antrag 128, von Grauer-Berlin:

Der Parteitag spricht das Verlangen aus, daß alle und jede Demonstration resp. Feier ausschließlich auf den 1. Mai verlegt wird.

Zwei Anträge auf allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai, vom Beseklub Paris und von Barmen gestellt, erlangen nicht die erforderliche Unterstützung.

Berichterfatter Liebknecht: Zunächst werde ich einen kurzen Ueberblick auf das werfen müssen, was in Sachen der Matfeier bisher gefchehen ist und dann ebenfalls möglichft kurz die Ihnen vorliegende Refolution begründen. Der Befchluß zur Gründung der Matfeier wurde auf dem erften internationalen Kongreß 1889 zu Paris gefaßt. Er lautete einfach dahin, daß durch Kundgebungen für den Achtstundentag und andere Forderungen der Arbeiterklaffe gleichzeitig in allen Ländern, wo organifirte Arbeiter vorhanden find, am 1. Mai ein Feft der internationalen Solidarität gefeiert werden folle, und zwar fo, wie es den Sitten und Gewohnheiten der einzelnen Länder gemäß am besten durchzuführen fei. Von einer Aufforderung, die Arbeit ruhen zu laffen, ift keine Rede gewesen. Der Gedanke der Arbeitsruhe ift erft nachträglich hineingebracht worden! Ich habe dem Parifer Kongreß felbft vorgelefen, und wenn von Seiten der Antragfteller die Abficht einer allgemeinen Arbeitsruhe auch nur angedeutet worden wäre, fo würde ich proteftirt und die Maffe der deutſchen Arbeiter mich darin unterftützt haben, ebenfo wie die Vertreter aller anderen Länder, die ftarke organifirte Arbeitermaffen haben. Daß es in Deutſchland zu Streitigkeiten über diefe Frage kam, hat feinen Grund darin, daß von einem Feiertag und von einer Feier des 1. Mai gefprochen wurde, und durch ein Mißverftändniß, in Folge der doppelten Bedeutung des deutſchen Wortes: „Feier“, „feiern“ ift der Glaube entftanden, es fei in Paris nicht bloß eine Feier in dem Sinne feierlichen Begehens des Tages, fondern im Sinne eines Feierns der Arbeit, d. h. der Arbeitsruhe beſchloffen worden. Dieſes Mißverftändniß kam in Deutſchland ſchon unmittelbar nach dem Parifer Kongreß auf, da aber der damals ſchon in ficherer Ausſicht ſtehende Wahlkampf Ende 1889 und Anfang 1890 uns ganz in Anspruch nahm, wurde man — von mir ſelbſt kann ich es mit Beftimmtheit ſagen — auf dieſes Mißverftändniß erft aufmerkſam, als an vielen Orten für die Arbeitsruhe bereits Beſchlüſſe gefaßt worden waren, welche die Parteigenoſſen banden.

Gegen das Datum des 1. Mai tauchte damals noch nirgends ein Bedenken auf. Nachdem die Wahl vorüber, war eine der erften Handlungen der Reichstagsfraktion, die aus den Neuwahlen hervorgegangen war, daß ſie von Halle aus einen Aufruf erließ, in welchem darauf hingewieſen wurde, daß die Arbeitsruhe in Paris nicht beſchloffen und daß bei der ungünstigen wirthſchaftlichen Lage an ein Erzwingen der Arbeitsruhe nicht zu denken ſei, ſondern daß ein ſolcher Schritt, zu einem den Gegnern günſtigen Zeitpunkt allgemein unternommen, höchſtens von den Gegnern benutzt werden würde, um es zu einer großen Klaffenſchlacht kommen zu laſſen, in der unfere Niederlage abſolut ſicher war, ſodaß unſer gewaltiger Wahlfieg in einen Triumph der Bourgeoifie verwandelt worden

wäre. Wir riethen daher, ohne den Gedanken der Arbeitsruhe prinzipiell aufzugeben, in unſerem Aufruf von ihr ab überall da, wo durch ſie ſchwere Konflikte mit dem Unternehmertum heraufbeſchworen werden könnten. Der Aufruf ſagt in dieſer Beziehung:

„Die deutſche Sozialdemokratie hat nicht nöthig, Geſicht zu halten nach dem großen Aufmarſch und Sieg des 20. Februar. Das worauf es ankommt, und das was der Parifer Kongreß gemollt hat, ift eine allgemeine imponante Kundgebung des Arbeiter zu Gunſten des Achtstundentags und der nationalen und internationalen Arbeiterschutzgeſetzgebung. Die deutſche Arbeitſchaft ſoll möglichſt in ihrer Geſamtheit den 1. Mai feiern, und dieſer Zweck wird voll und ganz erreicht durch Abhaltung von Arbeiterverſammlungen, Arbeiterfeſte und ähnliche Kundgebungen, auf denen Maſſenbeſchlüſſe im Sinne des Parifer Kongreſſes gefaßt werden.“

Wo immer man eine Arbeitsruhe am 1. Mai ohne Konflikte erwirken kann, da möge es gefchehen.

Wir ſtanden alſo damals ſchon auf dem Standpunkte, welcher noch heute von der Maffe der Parteigenoſſen eingenommen wird und welcher ſeinen Ausdrud auf den ſpäteren internationalen Kongreſſen und auch in der Ihnen vorgeschlagenen Refolution gefunden hat.

Eine weitere Frage ift dann in die Angelegenheit hineingeworfen worden, nämlich, ob durchaus am 1. Mai gefeiert werden ſolle oder am erften Sonntag im Mai. In England, wo die Arbeiter eine mächtige Organifation in den Trades Unions beſitzen, erkannten ſie mit dem Inſtinkt, den der Beſitz der Macht giebt, ſofort, daß man die Arbeitsruhe am 1. Mai bei der augenblicklichen Geſchäftslage nicht durchführen könne, und daß unter den obwaltenden Umſtänden zu wirklichen Maſſendemonſtrationen nicht ein Werktag, ſondern der Sonntag geeignet ſei, an welchen Tag das engliſche Proletariat ſeit Menſchenaltern ſeine imponanten Meeſings von Hunderttauſenden abzuhalten pflegt. Sie wählten den erften Sonntag im Mai. Die deutſche Reichstagsfraktion beſchäftigte ſich mit der Frage, trat mit einer Ausnahme der engliſchen Auffaſſung bei und ſchlug Anfangs 1891 dem Brüſſeler Kongreß vor, die Matfeier allgemein auf den erften Sonntag im Mai zu verlegen. Jedensfalls müſſen es ſehr ſchwerwiegende Gründe geweſen ſein, welche die Fraktion faſt mit Einſtimmigkeit zu dieſem Beſchlüſſe führten; ich kritifire ihn nicht, habe ihn aber zu erwähnen, weil gerade dieſer Beſchluß den Anlaß geboten hat, in Brüſſel und auch ſonſt noch den Deutſchen eine gewiſſe Laubei in Bezug auf das internationale Matfeſt unterzuſchieben. Ich will hier nach keiner Seite angreifen. Glücklicherweise haben die Dinge ſich ſo geſtaltet, daß der Gedanke, das Feſt auf den erften Sonntag

im Mai zu verlegen, jetzt, nach der Entscheidung von zwei internationalen Kongressen, auch in Deutschland verlassen ist. Unter den uns hier vorliegenden Vorschlägen greift nur ein einziger noch zurück auf die Feier am ersten Sonntag im Mai. Und das war der einzige Differenzpunkt, der noch zwischen die verschiedenen Nationen bestand; jetzt ist er ausgeschlossen. Damals aber erhoben Franzosen, Oesterreicher, Amerikaner gegen die Deutschen die Anklage, wir hätten mit ihrem Vorschlage einem Konflikt mit dem Unternehmertum aus dem Wege gehen wollen, wir seien politische Leisetreter, Opportunisten u. s. w. Man beachte hierbei nicht, daß die gewerkschaftlich stärkste Nation, die englische, gleicher Anschauung war und den ersten Sonntag bereits tatsächlich feiert. Wie dem sei, der deutsche Vorschlag wurde auf dem zweiten internationalen Kongresse zu Brüssel bestätigt, und unser Berliner Parteitag im vorigen Jahre hat durch eine namentliche Abstimmung bewiesen, daß die große Majorität der deutschen Genossen für die Feier am 1. Mai ist.

Was nun die Feier des 1. Mai angeht, so ist bedauert worden, daß nicht gleich in Paris darauf aufmerksam gemacht wurde, welche Schwierigkeiten vielen Genossen aus der Wahl des 1. Mai statt des ersten Sonntag im Mai erwachsen müßten. Ich glaube, daß wir dennoch dem 1. Mai den Vorzug gegeben hätten, und zwar aus demselben Grunde für die ganze zivilisierte Welt, aus welchen er von denen vorgeschlagen wurde, die den Antrag auf dem Kongress stellten, nämlich weil der 1. Mai nicht bloß in allen germanischen, sondern auch in allen romanischen Ländern seit Tausenden von Jahren ein Feiertag gewesen ist, — das Fest des Frühlings der neugeborenen Erde. Der 1. Mai ist also die denkbar glücklichste Wahl für das Bestfest der Arbeit, durch die Tradition einer tausendjährigen Vergangenheit geheiligt. Diese Traditionen sind bei den südlichen und nördlichen Nachbarn noch heute viel lebendiger als in Nord- und Ostdeutschland. Und wir hätten keine einheitliche Feier, wenn man in England und Deutschland darauf bestanden hätte, den ersten Sonntag zu wählen. Einheitslich aber muß sie sein, wenn die Feier ihren Zweck nicht verfehlen soll. In einem Tage weiß die Gesamtheit des Proletariats sich eins in denselben Gedanken, in denselben Forderungen; darin liegt etwas Erhebendes, Kräftigendes; der Wille des Proletariats hebt sich über die Schranken der einzelnen Nation hinweg über die ganze Erde. Durch eine Zweiteilung würde dieser große Gedanke abgeschwächt, ja aufgehoben werden. Und so ist, seitdem der Brüsseler Beschluß gefaßt worden ist, deutscherseits nicht mehr versucht worden, für den ersten Sonntag einzutreten. In Zürich kam er nicht mehr in Frage. Wir stehen jetzt insgesammt auf dem Boden des Beschlusses, welcher in Brüssel angenommen und in Zürich erneuert wurde. Der Brüsseler Beschluß lautet:

Um dem 1. Mai seinen bestimmten ökonomischen Charakter: die Forderung des Achtstundentages mit der Befundung des Klassenkampfes zu wahren, beschließt der Kongress:

Der 1. Mai ist ein gemeinsamer Feiertag der Arbeiter aller Länder, an denen die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität bekunden sollen. Dieser Feiertag soll ein Ruhetag sein, so weit das durch die Zustände in den einzelnen Ländern nicht unmöglich gemacht wird.

Der Züricher Beschluß ist etwas weiter gegangen, so wie der deutsche Text lautet, hat er folgenden Zusatz erhalten:

Der Kongress beschließt: die Sozialdemokratie eines jeden Landes hat die Pflicht, die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben und jeden Versuch zu unterstützen, der in dieser Richtung an einzelnen Orten oder von einzelnen Organisationen unternommen wird.

Wir Deutsche haben einstimmig erklärt, daß wir für den Zusatz in dieser Form nicht stimmen können, weil wir uns dadurch verpflichten würden, für jeden Versuch, der in Richtung der Arbeitsruhe gemacht wird, solidarisch mit der ganzen Macht der Partei einzutreten; jeder tollkühne Versuch irgend eines mehr enthusiastischen als klugen Genossen werde dann die Partei in einen allgemeinen Kampf verwickeln, und diese Verantwortlichkeit konnten wir nicht übernehmen. Mit einem Wort: der Beschluß war für uns unannehmbar, er hätte tatsächlich den Generaistreik für den 1. Mai proklamiert und das konnten wir mit unserem Gewissen und unserer Pflicht, angesichts der tatsächlichen Verhältnisse, nicht vereinigen. Die Frage der Arbeitsruhe haben wir ja gleich bei der ersten Mailfeier zu erproben Gelegenheit gehabt. Die Hamburger hatten sich vor dem 1. Mai tatsächlich gebunden — in Folge der eben besprochenen mißverständlichen Auffassung des Wortes „Feier“. Als es klar wurde, daß die Arbeitgeber sie in eine Falle locken wollten, war es den Besonnenen nicht mehr möglich, die erbitterten Massen zurückzuhalten. Die Hamburger organisierte Arbeiterschaft nahm den Streik auf, und sie ist die bestorganisierte in ganz Deutschland; die ganze übrige Partei stand hinter ihr. Haben wir siegen können? Nein! Es war bei der ökonomischen Lage eine einfache Unmöglichkeit. Wir erlagen und welche Opfer waren umsonst gebracht! Und nun denke man, wir hätten in ganz Deutschland den Kampf aufgenommen! Eine Dummheit darf man einmal machen — das kann Jedem geschehen — sie darf aber nicht wiederholt werden, das ist unverzeihlich! (Lebhafte Zustimmung.) Die Führer — um das Wort einmal zu gebrauchen — würden gewissenlos handeln, wie Generale gewissenlos handeln, die ihre Truppen in die Bajonnette der Feinde hineintreiben wollten. Die deutsche Sozialdemokratie wurde wegen ihrer besonnenen Haltung von den Gegnern ver-

spottet, verhöhnt, aber diesen Spott und Hohn können wir im Bewußtsein unsrer Stärke leicht ertragen. Bald fanden wir in Zürich, daß wir Deutschen mit unsrer Auffassung nicht allein standen. Die Engländer, die zum ersten Male sich entschlossen hatten, im Interesse der internationalen Solidarität den 1. Mai als Tag der Feier anzunehmen, erklärten in der Kommission, mit dem Eintreten für jeden Versuch die Arbeitsruhe zu erzwingen, sei dem Interesse des organisierten Proletariats nicht gebient und in der englischen Fassung des Beschlusses wurde dieser Auffassung Rechnung getragen.

Es lagen thatsächlich zwei Fassungen der Resolution vor. Ich, der ich nicht in der betreffenden Kommission war, bin erst sehr spät dahinter gekommen und Keiner von uns hatte eine Ahnung — sonst wäre es verhindert worden. Beiläufig sieht man hieraus, wie groß die Schwierigkeiten der sprachlichen Verständigung auf einem internationalen Kongreß sind, wie wir sie nur durch einen genügenden Stab zuverlässiger Dolmetscher überwinden können, und wie begründet unsre dahin zielende im „Vorwärts“ gestellte Forderung war. Bei besserer sprachlicher Verständigung hätten diese Differenzen garricht entstehen können. Die deutsche Fassung kennen Sie. Hören Sie nun die englische. Sie lautet in wörtlicher Uebersetzung:

Es ist die Pflicht der Sozialdemokratie jedes Landes, zu streben nach (to strive for) einer Feier des 1. Mai als eines Tages der Ruhe von der Arbeit, und die lokalen Organisationen in ihren Bemühungen (endeavours) in dieser Richtung zu unterstützen.

Im deutschen Text: „Versuch“, im englischen „Bemühung“. Nun ist, was ich nicht auszuführen brauche, zwischen „Bemühung“ und „Versuch“ ein himmelweiter Unterschied. Bemühung ist keine konkrete Handlung, ist schon gleichbedeutend mit Agitation, der Versuch aber ist eine konkrete Thatfache — schon ein irgendwo gefaßter Beschluß, irgend ein Vorgehen. Kurz, die deutsche Partei wäre gezwungen, jedem Einzelnen nachzuspringen, der ins Wasser springt, und ihn herauszuholen. In der englischen Fassung waren wir bereit, die Resolution anzunehmen; das hat Singer ausdrücklich in Zürich erklärt. Da wurde uns aber bemerkt, daß der deutsche Text die wörtliche Uebersetzung des maßgebenden französischen Originaltextes sei und das ist richtig. In diesem steht tentative = Versuch; während für die Engländer, die sonst nicht zu haben waren, eine andere Lesart gewählt worden, nämlich endeavour, die die Engländer befriedigte und auch wie gesagt, uns befriedigt hätte.

Die Resolution, die wir Ihnen für den Parteitag vorschlagen, schließt sich genau dem Züricher Beschluß an. Sie läßt die Frage, ob erster Mai oder erster Sonntag im Mai, vollkommen links liegen. — Die Frage gilt für uns für abgethan, — wir erklären

K

nicht einmal, daß da, wo am 1. Mai die Feier sich nicht genügend bemerkstelligen läßt, sie am folgenden Sonntag nachgeholt werden kann. Eine solche Bestimmung würde eine Hintertür offen lassen und unsrer Resolution das Gepräge eines schwächlichen Kompromisses aufdrücken. Ferner — und dadurch unterscheidet sich die Resolution von unserem vorjährigen Beschluß — fügen wir uns auf die sämtlichen früheren internationalen Kongresse und haben den Zweck der Feier erweitert. Wir sprechen nicht bloß vom Achttundentag und dem Arbeiterschutz, sondern im Allgemeinen von den Klassenforderungen der Arbeiter, und haben außerdem dem Gedanken der internationalen Verbrüderung und des Weltfriedens Ausdruck gegeben, gemäß dem Beschlusse des Kongresses in Zürich. Dann sagen wir nicht bloß platonisch, daß wir die Arbeitsruhe prinzipiell als die würdigste Form der Feier anerkennen, wir sind weiter gegangen und haben den Beschluß ihrer Substanz nach aufgenommen. Wir erstreben die Arbeitsruhe und haben dem Sinn der englischen Ausdrücke: endeavour and strive for unsrer Resolution einverleibt.

Und nun zum Schlußsatz der vorgeschlagenen Resolution. Wir können die allgemeine Arbeitsruhe nicht empfehlen, noch weniger dazu auffordern. Wenn wir schon vor 2½ Jahren den Arbeitern von dem Versuch, die allgemeine Arbeitsruhe zu erzwingen, den Kampf mit dem Unternehmertum aufzunehmen, wegen der schlimmen Geschäftslage, abrathen mußten, so ist das heute doppelt eine Nothwendigkeit und unsere Pflicht. Die Geschäftslage ist seitdem noch eine weit schlimmere geworden und zwar durchweg in allen Ländern. Es ist eine internationale und chronische Krise, die industrielle Reservearmee ist durch die Arbeitslosigkeit so kolossal angeschwollen, daß jede Lücke, die durch das Wegbleiben der organisierten Arbeiterschaft entstehen könnte, augenblicklich über und über ausgefüllt werden kann. Wie hoffnungslos ein Generalkrieg, eine General-Kraftprobe jetzt wäre, das erhellt für jedem Denkenden aus der Thatfache, daß in den letzten zwei Jahren alle großen Streiks in Europa angefaßt und provoziert worden sind durch die Arbeitgeber in der Erkenntnis der Thatfache, daß ihnen die Umstände günstig, den Arbeitern ungünstig ist, und in der sicheren Erwartung, die Arbeiterorganisationen zu schwächen oder zu zerstören. Und in der That, in ihrem Klasseninteresse können die Unternehmer nichts Besseres thun, als die Arbeiter in einem Kampf zu verleiten, der ihre Kräfte aufzehrt. Kurz, die Arbeitgeber haben zur Zeit im Klassenkampf das Best in den Händen, und sie beherrschen die Lage vollständig. Und sie wissen das. Sie haben den Instinkt der Macht, der dem Besitz der Macht entpringt, zwar nicht das Amt, aber die Macht giebt Verstand — die Einsicht dessen, was nützlich ist, und diese Einsicht ist bei den herrschenden Klassen viel

K

scharfer entwickelt und viel allgemeiner, als bei der Arbeiterklasse, die erst emporstrebt. Wer hat in Deutschland am meisten zum Streike am 1. Mai gehebt? Haben nicht nach dem Pariser Kongress monatelang vor dem 1. Mai 1890 unsere Fabrikantenblätter die Arbeiter gehöhnt, sie erbärmliche Feiglinge geschimpft, die sich nicht herauswagten? Und das hat sich seitdem vor jedem 1. Mai wiederholt. Dies beweist, daß die Handlung, zu der sie uns provozieren wollten, im Interesse unserer Feinde war. — Da mag man wohl die Zähne zusammen beißen — aber freilich, wenn uns Feigheit vorgeworfen wird von der allerfeigsten Bourgeoisie der Welt, dann können wir nur lachen. (Lebhafte Zustimmung.) Junge Truppen, die so gereizt werden, kann man nicht immer abhalten, sich in die Schlacht zu stürzen und dahin zu stürmen, wohin der Gegner sie haben will; altegediente, erprobte Truppen, wie die unsrigen, gehen nicht in eine solche Falle. Wenn wir die Schlacht annehmen oder anbieten, dann geschieht es in dem Momente, wo wir zwar nicht den Sieg verbrieft in der Tasche haben, wie man höhnend sagt, aber wo wir wissen, daß die Feinde ihn nicht in der Tasche haben. Das ist der Standpunkt, auf dem wir damals standen, auf dem wir noch heute stehen.

Die Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai fällt — das sagte ich schon — unter den obwaltenden Verhältnissen mit der Frage des Generalfstreiks tatsächlich zusammen. Unsere Gegner würden den Kampf, der an einem Punkte ausbräche, sofort zu einem allgemeinen machen; der Generalfstreik für ein Land oder gar der Weltstreik aber ist ein Unsinn, das hat der Pariser, und das hat auch der Züricher Kongress einstimmig ausgesprochen. Dort sagte man: wenn wir einmal die Macht haben, alle Räder stillsetzen zu machen, dann haben wir auch die Macht, die heutige Gesellschaft in Scherben zu zerschlagen, oder richtiger, sie in eine sozialistische Gesellschaft umzugestalten; und können wir das, dann lassen wir die Räder nicht „stille stehen“, sondern im Gegentheil noch viel mehr arbeiten, aber nicht im Interesse einzelner Weniger, sondern im Interesse der Gesamtheit. Der Gedanke des allgemeinen Streiks muß als unsinnig verworfen werden. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ Ist das Schlagwort Derer, welche die Gesamtlage nicht übersehen. Gut in Deutschland sind einige Hunderttausend Arbeiter organisiert, aber der deutschen Arbeiter sind Millionen. Wird heute der allgemeine Streik verübt, so treiben wir gerade die Besten, die Tüchtigsten, die Organisirten in einen hoffnungslosen Kampf. Hat denn das Proletariat einen Arm? Es hat Millionen Arme, in Deutschland 10 Millionen Doppelarme. Der eine Arm thut's, es thun auch Hunderttausende, aber die anderen Millionen? Sind sie etwa von einem Willen, von einer Erkenntniß geleitet? Nein! die Mehrheit steht noch außerhalb der

K

Organisation, die ganze klassenbewußte Arbeiterschaft würde in solch' verrücktem Kampfe eine zerschmetternde Niederlage erleiden und auf Jahrzehnte zurückgeworfen werden. Sie werden dem zustimmen, und darum bitte ich Sie, unsere Resolution anzunehmen: Mit Annahme derselben haben die deutschen Arbeiter den internationalen Verpflichtungen im vollsten Maße entsprochen. Der Vorwurf, daß wir Deutsche auf internationalem Gebiete lau seien, ist uns — heilkünftig — nur von solchen gemacht worden, die in Bezug auf die Erfüllung der internationalen Pflichten nicht mit solcher Befriedigung auf ihre Handlungen zurückblicken können als die deutschen Sozialisten. Wir können diesen Vorwurf ebenso lächelnd über uns ergehen lassen, als wir lächeln können über den Vorwurf der Feigheit aus dem Munde unserer feigen Bourgeoisie. Nehmen Sie die Resolution womöglich einstimmig an und sorgen Sie dafür, daß der 1. Mai allgemein würdig gefeiert wird! Mögen diejenigen, die die Arbeitsruhe durchzuführen können, es thun, — für sich; aber keine Aufmunterung zu tollen Versuchen darf erfolgen, für welche die Partei, um nicht geschädigt zu werden, die Verantwortung ablehnen mußte.

Nur ein Wort noch über die meisten der aus der Mitte der Genossen gestellten Anträge. Die meisten decken sich mit unserer Resolution. Einige wollen, daß die Arbeitsruhe im Prinzip beschlossen, aber nicht unter allen Umständen durchgeführt werden soll. Das ist wesentlich, was wir vorschlagen. Volksversammlungen können nicht über die Arbeitsruhe zu entscheiden haben, wie es der Antrag von Berlin IV. will; die Partei muß Jedem aufmerksam machen, welche Verantwortlichkeit er mit derartigem Vorgehen auf sich ladet. Wir können solche Beschlüsse nicht bloß platonisch fassen, um damit zu renommiren; wenn die Partei den Kampf ansagt, dann muß sie ihn auch durchführen. Ein französisches Sprichwort sagt: noblesse oblige! Adel verpflichtet! Nicht nur Adel, auch Größe und Kraft legen Verpflichtungen auf. Eine große organisirte Partei, die die Achse des politischen Lebens in Deutschland bildet, kann keine Beschlüsse fassen, die nicht ausgeführt werden. Thut sie das, so wäre sie eine Partei von Phrasenhäuten, und von der Phrase hat sich zu emanzipiren wer ernsthaftes Handeln will. Und die Aufforderung zur allgemeinen Arbeitsruhe wäre nur eine tönende Phrase.

Auf weitere Einzelheiten gehe ich nicht ein. Die Genossen sind keine Kinder, die sich von Kongressen alle Details der Ausföhrung müssen vorschreiben lassen. Wir bestimmen die allgemeine Haltung, das Wie der Durchföhrung ist von untergeordneter Bedeutung. Daß nur Jeder seine Schuldigkeit thut! (Lebhafte Beifall.)  
Fost-Berlin V.: Bisher wurde in den einzelnen Orten die Matresse nicht einheitlich begangen; man hat vielfach aus Rück-

K

sichten auf das Wetter und anderen Nebensachen die Feier verlegt. Das muß aufhören, alle Manifestationen müssen am 1. Mai stattfinden. (Sehr richtig!) Wo es irgend möglich ist, soll allerdings durch Arbeitsruhe gefeiert werden. Ferner muß den Arbeitern gesagt werden, wie sie den Feiertag begehen, wenn Arbeitsruhe stattfindet. Man soll schon am Morgen mit Versammlungen beginnen, man muß auch an dem Tage der Familie, namentlich der Jugend etwas bieten, also muß der Nachmittag mehr den Festlichkeiten gewidmet sein.

Zu Beil.-Lettow hält die Feier am 1. Mai für die Hauptsache. Mit der Arbeitsruhe müsse ein Anfang gemacht werden; die besser gestellten Arbeiter müßten den schlechter gestellten mit gutem Beispiel vorangehen. Die Genossen aus Lettow und die des fünften Berliner Kreises ziehen ihren Antrag zu Gunsten der Vorstandsresolution zurück. (Beifall.)

Millarg.-Berlin VI. tritt ebenfalls für die strikte Festhaltung des 1. Mai ein; bei der Feier muß von allem „Klunbim“ mit Orden und Ehrenzeichen, sowie von jeder Absicht, aus der Feier ein Geschäft zu machen, abgesehen werden. Auch sollten die Parteigeschäfte jedenfalls mit der Arbeitsruhe vorangehen.

Von Diehl wird ein Zusatzantrag zur Resolution eingebracht, wonach jede Kundgebung an einem andern Tage als dem 1. Mai zu unterbleiben hat.

Heusgen-Mülheim: Absolute Arbeitsruhe festzulegen sei ein Ding der Unmöglichkeit. Redner bittet um einstimmige Annahme der Resolution Liebknecht.

Bogasch-Berlin: Gegenüber früher liegt ungewisselhaft in der jetzt vorgeschlagenen Resolution ein Fortschritt, weil sie zu einer einheitlichen Feier führt. Der Antrag, ein gemeinsames Demonstrationszeichen am 1. Mai zu tragen, ist durchaus unangebracht. Wengels-Berlin IV erklärt, daß der Antrag Berlin IV zu Gunsten der Resolution zurückgezogen wird. (Beifall.)

Koenen-Hamburg stimmt der Resolution zu, weist aber darauf hin, daß Liebknecht selbst zugegeben habe, daß dort, wo es am 1. Mai mit der Feier nicht gehe, diese nachgeholt werden könne. In diese Lage würden die Hamburger wahrscheinlich kommen. Die Feier dürfe aber nicht in einen Faschnachtsströdel ausarten, wie es in Hamburg zu geschehen drohe.

Bilz-Pankow: Ein Theil meiner Mandatgeber ist für allgemeine Arbeitsruhe. Ich persönlich bin durch die Debatte überzeugt worden, daß ein solcher Beschluß wegen der wirtschaftlichen Lage einfach auf dem Papier stehen bleiben wird.

Soeff-Mainz hätte die Resolution Liebknecht gern enger gefaßt gesehen, erklärt sich aber gegen den Zusatzantrag, daß jede spätere Demonstration verboten werden solle. Dieses Verbot sei schon nach

K

der Lage der Verhältnisse der Partei in den meisten, namentlich in den ländlichen Kreisen, unausführbar. Die Berliner und Hamburger betrachteten die Parteiverhältnisse Deutschlands immer nur durch die großstädtische Brille. Das Verlangen nach dem Schluß der Parteigeschäfte sei unberechtigt; wolle man so puritanisch sein, so müsse man auch die Parteirestaurationen am 1. Mai schließen und den Keimern Arbeitsruhe geben! Die wenigen ganz unabhängigen Genossen sollten feiern, aber ihr Beispiel allein reiche doch nicht aus, um die große Masse der übrigen in den Stand zu setzen, sich in gleicher Weise an der Feier zu betheiligen, namentlich heute, wo die wirtschaftlichen Krisen immer intensiver werden.

Opificius-Pforzheim: In seinem Wahlkreise seien 92 Orte; wo sollten da für den 1. Mai die Feitredner herkommen? Man müsse hier und in allen ähnlich beschaffenen Kreisen die Möglichkeit haben, am nächsten Sonntag eine Festlichkeit abzuhalten.

Thiele-Göppingen: Die württembergische Landesversammlung hat zu dieser Frage den Beschluß gefaßt, daß die Demonstration für den Achtsundentag nur am 1. Mai stattzufinden habe, Ausflüge und Festlichkeiten aber von dieser Bestimmung ausgeschlossen sein sollen. Redner tritt außerdem für eine würdige Begehung der Feier ein. Zur Durchführung der Arbeitsruhe seien in erster Linie die Parteigeschäfte berufen.

Schmalfeld-Bremerhaven befürchtet, daß die gewünschte Einheitlichkeit der Feier auch durch die Resolution Liebknecht nicht erreicht werde. Das beweise schon der bisherige Gang der Debatte.

Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt.

Gewehr-Eberfeld hätte die Resolution gern etwas weiter gefaßt gesehen; die Arbeiterpartei sollte als Kampfespartei auch einmal die Offensive ergreifen. Der Paßfuß, daß nur da, wo es ohne Schädigung der Arbeiterinteressen geschehen könne, die Arbeitsruhe eintreten solle, sollte also event. fortgelassen werden, da er auch einen Widerspruch mit dem übrigen Text der Resolution in sich berge.

Es geht ein genügend unterstützter Antrag ein, die Worte: „Da aber deren Durchführung bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Deutschland zur Zeit nicht möglich ist, so“ zu erlösen durch: „Zu diesem Zwecke“.

König-Witten vertritt auch diesmal die besondere Stellung der Bergarbeiter zu der Frage. Für sie sei Arbeitsruhe und ausschließliche Maifeier am 1. Mai heute einfach eine Unmöglichkeit. Im Hiesenwahlkreise Bochum sei voriges Jahr kein einziges Lokal für die Maifeier zu haben gewesen.

Hoffmeister-Galle befürwortet die unveränderte Annahme der Resolution. Eine Nachfeier als Maifeier müsse unbedingt un-

K

statthaft sein. Abzeichen bei derartigen Gelegenheiten seien zu verwerfen.

Legien: Der 1. Mai ist ein Demonstrationstag, also muß alles auf ihn Bezügliche auch am 1. Mai stattfinden. Die Genossen von Hamburg 2 denken schon heute daran, am Sonntag nach dem 1. Mai nicht mehr zu demonstrieren. (Beifall.)

Dreyer-Göttingen kann den Standpunkt Legien's nicht theilen, sieht vielmehr in der Resolution Liebknecht die beste Lösung der Frage. Redner bekämpft außerdem den Antrag von Kassel, wonach die Frage, ob Arbeitsruhe oder nicht, in Zukunft nicht mehr von der politischen Partei, sondern von den Gewerkschaften je nach der Konjunktur entschieden werden soll.

Schmitt-München: Mit dem Zusatzantrag zur Resolution schließen wir in Bayern die Frauen von der Theilnahme an der Maifeier aus. Wollen wir sie daran theilnehmen lassen, so muß uns die Möglichkeit der Veranstaltung einer Festivität am Sonntag gewahrt bleiben.

Lienau-Neumünster will im Gegensatz zum Vorredner aus der Resolution die Worte „neben den anderen Kundgebungen“ streichen.

Hiernach gelangt ein erneuter Schlußantrag zur Annahme.

Zm Schlußwort bemerkt

Reserent Liebknecht: Ich habe mich sehr gefreut, daß fast sämmtliche Redner im Geiste und Sinne unserer Resolution gesprochen haben; die entgegenstehenden Anträge sind zum größten Theil zurückgezogen und die eingebrachten Abänderungsanträge ändern am Wesen der Resolution nichts, und bedeuten bloß entweder Abschwächungen oder Verschlechterungen. Wenn wir in der Resolution sagen, wir halten die Arbeitsruhe am 1. Mai für ein erstrebenswerthes Ziel, können aber unter den jetzigen Verhältnissen ihre allgemeine Durchführung nicht anrathen, wenn wir weiter erklären, daß bloß diejenigen Genossen, welche es ohne Schädigung der Arbeitsinteressen können, die Arbeitsruhe durchführen sollen, so haben wir damit zugleich auch an diejenigen, welche es können, den Rath, die Mahnung gerichtet, dieses erstrebenswerthe zu thun. Daß ausdrücklich gesagt werden soll, jede Kundgebung an einem anderen Tage als am 1. Mai habe zu unterbleiben, halte ich nicht für eine Verschärfung, sondern umgekehrt für eine Abschwächung der Resolution. Wir sprechen in derselben bloß vom 1. Mai; es wird in unzweideutigster Form erklärt: der 1. Mai wird gefeiert. Ich kann doch den 1. Mai nicht am ersten Sonntag im Mai feiern! Wenn ich in der Resolution hinternach noch eine solche Erklärung abgebe, so ist das eine Wortverwendung und geht obendrein gegen alle Logik, und beweist nur, daß ich den Vorderatz nicht verstanden habe. Nachdem die Hamburger Ge-

nossen uns erklärt haben, sich dieser Resolution zu fügen, es also feststeht, daß die Stadt der großartigsten Maifeier-Demonstrationen in Deutschland die Maifeier künftighin am 1. Mai veranstalten wird, ist jede Nothwendigkeit für den Parteitag, das, was der Unterantrag will, noch besonders zu betonen, in Wegfall gekommen. Andererseits hat der weisfällige Genosse, der über die Lage der Bergarbeiter sprach, uns so recht deutlich dargezhan, wie nöthig es ist, auf alles, was die Arbeitsruhe am 1. Mai dem Gros der Arbeiter zur Pflicht machen würde, zu verzichten. Gerade für die Bergarbeiter wäre ein derartiger Versuch jetzt gleichbedeutend mit dem Abfehrschein. Von einem Genossen ist darauf hingewiesen worden, daß an manchen Orten eine andere Feier als am Sonntag gar nicht möglich sei. Nun, der Parteitag kann darum die Resolution nicht ändern; wir halten fest an der Feier des 1. Mai und schwächen sie nicht ab. Ausnahmeverhältnisse für einzelne Orte mögen vorliegen oder eintreten; die Genossen solcher Orte haben dann eben für ihr Vorgehen dem nächsten Kongresse Rechenschaft abzulegen. — Auch die Fassung, welche den Passus von der augenblicklichen Undurchführbarkeit der Arbeitsruhe beseitigen und die Worte „Zu diesem Zwecke“ an seine Stelle setzen will, halte ich für eine Verschlechterung, da ja dann jede Begründung des Satzes, daß „nur diejenigen Arbeiter u. f. w.“, fehlen und der ganze Satz ohne jenen begründenden Hinweis vollständig in der Luft schweben würde. Ich bitte Sie, sämmtliche Anträge zur Resolution zu verwerfen.

Auf die Details der Feier lasse ich mich nicht ein. Da war von einem Demonstrations-Abzeichen die Rede. Es ist des Parteitages unwürdig, sich mit solchen Einzelheiten zu befassen; wir haben die Resolution durch ihren Wortlaut gerade über diese nebensächlichen Details herausgehoben. Ich übergehe auch die Frage, ob die gewerkschaftliche oder die politische Organisation über die Feier Bestimmung zu treffen habe. Wir sind doch hier nicht in China, wo alles autoritär von oben reglementirt werden muß! Durch die Annahme der Resolution ist für jeden Denkenden eine Direktive gegeben, das Fest soll würdig begangen werden — dafür hat die Partei zu sorgen! Der Vorstand kann nicht als Polizei für die Ausführung alle Anordnungen treffen, bei solchen Gelegenheiten, und gerade bei diesem Feste haben die Genossen selbst die Einzelheiten zu bestimmen. Sie haben überhaupt nicht bloß das Selbstbestimmungsrecht, auch die Selbstbestimmungspflicht.

Joest hat das große Wort gelassen ausgesprochen, dieser Pariser Beschluß sei vielleicht der unglücklichste von allen je auf einem Kongreß gefaßten Beschlüssen. Ich meine, der große Jubel, mit dem dieser Beschluß in allen Ländern der Welt aufgenommen wurde, beweist, daß er im Gegentheil vielleicht der glücklichste

K

K

Beschluß gewesen ist. Gewiß hat er uns Verlegenheiten bereitet, aber was schadet das? Das war uns nur gesund und heilsam. Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes ist das sozialistische Fleisch etwas sanftlebig geworden, und es ist sehr gut, wenn dann und wann ein hübscher Konflikt kommt, durch den wir aufgerüttelt und auf den Ernst der Lage und die Schwere des Kampfes wieder aufmerksam gemacht werden, jedes Jahr ist das Maifest in Deutschland wie in den übrigen Ländern mit größerer Theilnahme, Begeisterung und Einigkeit gefeiert worden; die Arbeiter wollen dieses Fest, dessen Bedeutung sie begriffen haben und es entspricht nicht den Thatfachen, jenen Beschluß zu bedauern. Gewiß hat sich gezeigt, daß die Massen unter Umständen ein bißchen Schieben müssen, die Führer sind mitunter die Geschobenen, aber das ist sehr gut. Führer soll eine Partei bloß in dem Sinne haben, daß sie die Genossen besonders achtet, die im ersten Gliede vorn marschieren und im Kampf als Soldaten mit den Massen zusammenkämpfen, aber nicht sollen die Massen sich erst von ihnen nachziehen lassen, sondern die Massen sollen die Führer vorandrängen.

In dem geschichtlichen Rückblick, den ich vorhin gab, ist das, was ich nicht gesagt habe, vielleicht das Bedeutendste gewesen. Es hat in Sachen der Maifeier Konflikte und Reibungen mit den deutschen Genossen und mit den auswärtigen gegeben, die ich alle unerwähnt ließ. Wozu Vergangenes wieder aufrühren? Und wozu auf noch so unberechtigte Vorwürfe antworten, wenn der Grund des Streits aus dem Wege geräumt ist? Unsere Resolution wird Reibungen für die Zukunft ausschließen, und im Moment, wo wir sie anzunehmen im Begriff sind, wäre es taktlos, auf jene Differenzen, besonders mit den Oesterreichern und Franzosen, zurückzukommen. Es ist wahr und auch nicht wahr, daß die schwankende Haltung der Fraktion Wirrwar in die Partei gebracht habe. Die Fraktion stand mitten im schwersten Wahlkampf, und der erste 1. Mai war heran, ehe wir uns über die Art der Feier klar geworden waren. Das war aber nicht unsere Schuld — das war der Wirrwar, der in der Sache lag, und den die Partei mit uns theilte. Neuschöpfungen, wie ein Weltfeiertag, die gegen die Gesamtheit der herrschenden Klassen durchgeführt werden müssen, sind keine Kleinigkeit, und das nicht sofort ein fester Plan vorlag, ist begreiflich. Während der letzten drei Jahre ist aber Klarheit geschaffen worden; der beste Beweis für die gemachten Fortschritte liegt darin, daß unsere Resolution einen wesentlichen Widerspruch nicht mehr findet. So tief hat sich jetzt schon das Fest eingewurzelt. Wenn die Einen die Resolution für einen Rückzug, die Anderen sie für zu radikal erklären, so spricht dies dafür, daß sie sich in der richtigen Mitte bewegt, d. h. nicht in der richtigen Mitte des Bürgerkönigs und der Philister, sondern auf der, nach dem Pa-

rallelogramm der Kräfte gezogenen Mittellinie. Die Resolution hat eine Fassung, daß Alle, die das Gesamtinteresse der Partei und die bestehenden Machtverhältnisse im Auge haben, damit zufrieden sein können. Im Betonen der Arbeitsruhe liegt — das muß ich noch sagen — nichts Radikales, es ist das einfach eine Phrase, und mit diesen Phrasen, so sagte ich schon in Zürich, müssen wir aufräumen. Wir sind keine politischen Kinder mehr. Manche Genossen veranstalten ein Kirchthurnwettrennen in radikalen Phrasen, weil sie an ersten Gedanken keinen Ueberfluß haben. Die Phrase ist der Ersatz für ernstes Denken und Handeln. Wir sind hier auf der Erde, nicht in der Luft, und ein Großes praktisches Handeln ist mehr werth als tausend Mack Phrasen, sagte ich nach einem englischen Sprichwort. — Nicht eine Sammlung von Kaffeetränzchen soll die Maifeier sein, sondern ein wirkliches Volksfest, wie es das letzte Mal in Berlin war, von Mittag an, wo es nicht früher geht, mit Frauen und Kindern, was ich für absolut nöthig halte. Die Parteigenossen stehen doch auf der Höhe der Zeit und werden selbst am besten wissen, wie sie das Fest feiern müssen würdig der Partei. Durch den Generalkstreik betämen wir die allgemeine Arbeitsruhe auch nicht; wir würden aus ihm so geschwächt hervorgehen, daß wir im nächsten und den folgenden Jahren nach der Arbeitsruhe nicht einmal piepsen könnten. Eine solche Niederlage und Slamage wollen wir vermeiden. Ich sage ja auch nur: zur Zeit wäre die allgemeine Arbeitsruhe gleichbedeutend mit dem allgemeinen Streik. Warum sollen sich die Arbeiter diesen Tag nicht ganz nehmen? Gewiß, aber sie müssen es können innerhalb der heutigen bürgerlichen Gesellschaft. Wenn die Geschäfte besser gehen, dann können wir auch sehr wohl innerhalb der heutigen Gesellschaft die Arbeitsruhe durchsetzen. Ich bitte Sie bloß, der Würde der Maifeier angemessen und im Geist ihres Grundgedankens der Einigkeit und der Brüderlichkeit die Resolution so, wie wir sie Ihnen vorgelegt haben, einstimmig anzunehmen. Damit ist die Klust, oder sagen wir: der Graben, den uns bisher von den Genossen in andern Ländern etwas getrennt hat, überbrückt, zugefüllt — das deutsche Proletariat steht völlig in Reih und Glied mit den Arbeitern aller Länder, der einzige Streitpunkt hat aufgehört, zu sein, und so wird die Annahme dieser Resolution selbst zu einer Feier des Weltfesttages der Arbeit dadurch, daß wir dem internationalen Gedanken zu Liebe diese Resolution ohne Widerspruch annehmen, und so den Genossen aller andern Länder bekunden, daß wir einig und eins mit ihnen sind in jeder Beziehung! (Lebhafter Beifall.)

Stomke-Vielefeld zieht den Antrag 76 zu Gunsten der Resolution zurück. Der Antrag habe nur verhindern wollen, daß auch noch im Juni Nachfeiern stattfinden.



Die zur Resolution eingebrachten Amendements werden sämtlich abgelehnt. Ueber die Resolution selbst findet namentliche Abstimmung statt. An derselben sind Bebel und Hülke, die sich nach Duisburg resp. Barmen begeben haben, um dort in Volksversammlungen zu sprechen, theilzunehmen verhindert; sie lassen erklären, daß sie für die Resolution gestimmt haben würden.

Die Resolution wird, wie unter lautem Beifall der Vorstehende verkündet, mit 192 gegen 8 Stimmen angenommen.

Mit Ja stimmen: Adler, Albert, Antrich, Arons, Auer, Bärer, Bamberger, Beckmann, Bérard, Berthold, Bilz, Bock, Böcker, Bogasch, Bohne, Breil, Breg, Buder, Dahlen, Deinhardt, Diehl, Döppler, Dreyer, Dubber, Eberle, Eichhorn-Dresden, Eichhorn-Pirna, Erdbeer, Fell, Fellgentreff, Fickermann, Fischer-Hamburg, Fischer-Berlin, Franke, Fries, Frits, Frohne, Fuchs, Fülle, Galm, Geck, Gerisch, Gerischer, Gerlach, Gewehr, Geyer, Godel, Gottschald, Grauer, Günther, Haase, Hamann, Händel, Harn, Hasche, Heilmann, Heinrich, Herbert, Hesse, Heßner, Heusinger, Hillermann, Hofmann, Hofmeister, Hofrichter, Holzhäuser, Hölzke, Huber, Huth, Jacoben, Jahn, Jochem, Joest, John, Jost, Jöstz, Kadon, Kasenstein, Kaufmann, Keller, Kerri, Keßler, Kleemann, Klees, Klingenhagen, Klippel, Kobel, Koenen, Köhler, König, Komalewsky, Künzel, Künke, Kutsche, Lange, Legien, Lehmann, Lehninger, Leichhardt, Leopoldt, Lesche, Lehner, Leven-Solingen, Liebfriedt, Lienau, Lütgenau, Luy, Meißt, Meißter, Meiß, Metzger, Meßner, Meyer, Michaelis-Waldenburg, Michels-Köln-Land, Millarg, Moltenbuhr, Müller, Mülski, Müßichte, Oertel, Offermann, Opificius, Orbig, Oster, Paul, Prinz, Quandt, Rahm, Raue, Reinhardt, Reißhaus, Riedel, Röder, Rohrlach, Rosenow, Rüdft, Schaaf, Schaal, Schallbruch, Schappel, Schmidt-Burgstädt, Schmidt-München, Schmidt-Zwickau, Schmidt-Berlin, Schmidt-Frankfurt, Schmitt-München, Schmitt-Pirmasens, Schmitt-Gresfeld, Schneider, Schoenlant, Schraber, Schröder, Schulze-Königsberg, Schulz-Berlin, Schulz-Wilhelmsburg, Schulz-Wenigenjena, Schulz-Bernburg, Schumacher-Mülheim, Schumacher-Solingen, Schwarz, Silberschmidt, Singer, Slomke, Spärfel, Stadthagen, Stamm-Gannstadt, Stamm-Reimscheid, Stein, Stephan, Strinus, Stolten, Ströbel, Stubenrecht, Stücken, Stiven, Sussof, Ziele, Tiede, Turr, Voigt, Vöfel, Wassermann, Wengels, Wernicke, Weßler, Wiehle, Wurm, Zeitin, Ziegeler, Zubeil.

Mit Nein stimmen: Vater, Hug, Schmalfeld.

Durch diese Abstimmung sind die Anträge 71—75, 77, 80 und 126—128 erledigt. Ueber den Antrag 81 wird zur Tagesordnung übergegangen; die Anträge 82 und 83 werden abgelehnt. Antrag 84, „die Maifestzeitung in besserer Ausstattung als bisher erscheinen zu lassen,“ wird angenommen.

K

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Es tritt um 1/2 7 Uhr eine kurze Pause ein, während deren die Mandatprüfungs-Kommission die Ermittlung der Wahl zur Siebener-Kommission beendet, damit das Resultat noch heute zur Verkündung gelangen kann.

Um 7 Uhr wird die Sitzung vom Vorstehenden Fell wieder eröffnet und das Wahleresultat bekannt gegeben. Es sind 193 Zettel abgegeben, davon 26 ungültig, weil je mehr als 7 Namen enthaltend. Stimmen haben erhalten: Gerisch 135, Stolten 79, Gek 66, Stadthagen 47, Lehmann 46, Klees 45, Gewehr und Mezner je 44. Von den letzteren beiden wird Gewehr als im Alphabet voranstehend für gewählt erklärt.

Schumacher lehnt Gewehr-Eberfeld als Mitglied der Siebener-Kommission ab; an seine Stelle tritt Mezner und nach dessen Ablehnung Meißt.

Mit Rücksicht darauf, daß die Kölner Genossen für Donnerstag Abend in dem Kongresslokal einen Kommerz veranstalten, wird beschloffen, am Donnerstag die Nachmittags-sitzung ausfallen zu lassen, dafür aber die Vormittags-sitzung von 9 bis 3 Uhr auszubehnen.

Schluß 7 Uhr 20 Minuten.

## Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 26. Oktober.

9 1/2 Uhr. Vorsitzender Singer eröffnet die Sitzung mit einem Glückwunsche an den Genossen Bärer-Harburg zu seiner auf den heutigen Tag fallenden silbernen Hochzeitfeier. Seit 1864 steht Genosse Bärer in der Bewegung, alle Phasen des Ausnahmegesetzes, Ausweisung und Verfolgung hat er mit durchgemacht, und auch heute stellt er sein Pflichtgefühl derart in den Vordergrund, daß er, statt an solchem Tage im Kreise seiner Familie zu weilen, an den Arbeiten des Parteitages für das Wohl der Partei sich theilhaftig. Hierfür gebührt ihm unsere Anerkennung. (Allseitiger Beifall.)

Wieder sind Glückwünsche und Sympathiebezeugungen an den Parteitag eingegangen, darunter ein Telegramm von den organisirten Genossen in Brunn.

Da Meißt nicht im Stande ist, den Sitzungen der Siebener-Kommission beizuwohnen, soll derjenige Delegirte, der nächst ihm bei der Wahl die höchste Stimmenzahl erhalten hat, zu der Kommission einberufen werden.

12\* K